

L1-Beschluss Demokratie statt autoritärer Umbau! - Ändern wir die Welt, bevor es andere tun.

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie
Status: Modifiziert

Antragstext

14 1. Rechtsruck und Widerstand

15 Politik kann die Welt verändern. Während die letzten Jahre von mangelndem
16 politischen Interesse geprägt waren, erleben wir aktuell eine gesellschaftliche
17 Polarisierung. Der Zuspruch zur demobilisierenden Stillstandspolitik der Großen
18 Koalition sinkt. Gleichzeitig wächst die Unzufriedenheit mit dem
19 jahrzehntelangen Sozialstaatsabbau und der neoliberalen Deregulierungspolitik,
20 also dem Rückzug des Staates und der Übernahme durch privatwirtschaftlichen
21 Unternehmen in Bildung und Infrastruktur. Denn: die Schere zwischen Arm und
22 Reich klafft immer weiter auseinander. Laut dem Institut Deutscher
23 Wirtschaftsforschung besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung 32 Prozent des
24 gesamten Vermögens, die reichsten 0,1 Prozent besitzen 16 Prozent. Einkommen aus
25 Vermögen wachsen schneller als die gesamte Wirtschaft, während die realen
26 Einkommen der ärmsten 40% der Gesellschaft - trotz Wirtschaftswachstum,
27 technologischem Fortschritt und "Beschäftigungswunder" etwa auf dem Niveau zu
28 Zeiten der Wiedervereinigung stagnieren. Befristete oder unsichere
29 Jobverhältnisse, Einkommen die zwar keine absolute Armut bedeuten aber auch
30 keine größeren Anschaffungen und Investitionen zulassen, strukturschwache
31 Regionen mit wenig öffentlichen Angeboten - all das nimmt vielen Menschen ein
32 sinnstiftendes Narrativ für ihr Leben. Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA
33 werden in Hinterzimmern ausgehandelt und sehen vor, die demokratische Kontrolle
34 einzuschränken und Konzernen mehr Macht als der Allgemeinheit einzuräumen.
35 Dreckiger Kohlestrom wird weiter gefördert und das Abbaggern ganzer Dörfer
36 schreitet ungebremst voran. Angela Merkel hat es mit der Entpolitisierung und
37 Demobilisierung auf die Spitze getrieben: ihre Entscheidungen wurden nicht
38 politisch begründet, sondern als alternativlos dargestellt. Das Verständnis von
39 Politik als kleinteiliger Aushandlungsprozess unter Expert*innen, die sich
40 sowieso den ökonomischen Zwängen zu unterwerfen haben, demobilisierte und
41 erzeugte den Eindruck, die Stimme der*des Einzelnen könne ohnehin nichts ändern.

42 Abstiegsängste und die Frustration und Ohnmachtsgefühle über diese
43 Ungerechtigkeiten äußern sich häufig mehr in rassistischer Ausgrenzung, als in
44 progressiver Systemkritik. Europas Neue Rechte und Parteien wie die AfD, der
45 Front National oder die FPÖ konnten die gestiegene Anzahl derer, die in Europa
46 als Geflüchtete Schutz suchen, für ihre rassistische Hetze und nationalistische
47 Propaganda erfolgreich instrumentalisieren. Sie verschieben durch gezielte
48 Tabubrüche und Provokationen den politischen Diskurs nach rechts. Viele
49 Politiker*innen der so genannten etablierten Parteien haben statt mit
50 progressiven, antirassistischen Statements, mit nationalistischen Sprüchen, Law-
51 And-Order-Rhetorik, und Entrechtungsforderungen gegenüber Asylsuchenden auf

52 diesen Diskurs reagiert. Sie versuchten, aus dem Rechtsruck Kapital zu schlagen
53 und haben die Grenzen des Sagbaren damit selbst nach rechts bewegt. Natürlich
54 kann man der AfD nicht das Wasser abgraben, indem man ihre Positionen aufgreift,
55 aufwertet und bestätigt. Vielmehr braucht es ein klares Bekenntnis zu positiver
56 Veränderung und Standhaftigkeit bei der Verteidigung von grundlegenden
57 demokratischen Prinzipien und beim Schutz von Menschenrechten. Gerade jetzt.

58 Die autoritären Kräfte der neuen Rechten mobilisieren durch eine diffuse
59 Unzufriedenheit mit der Gesamtsituation, sie schüren Ängste und liefern
60 keinerlei Lösungsansätze für die Probleme, vor welchen wir stehen. Ganz im
61 Gegenteil: Sie verstärken bestehende Ausbeutungsverhältnisse noch und treiben
62 die Gesellschaft weiter auseinander.

63 Viele Menschen merken, dass der Rechtsruck eine Bedrohung für die Demokratie und
64 eine friedliche Zukunft ist. Deshalb erfahren auch proeuropäische, feministische
65 und antirassistische Bewegungen und linkere Parteien einen größeren Zulauf. Das
66 progressive Potenzial, das die aktuelle Repolitisierung mit sich bringt, wollen
67 wir stärken und nutzen - nicht nur um den Status Quo gegen Schlimmeres zu
68 verteidigen, sondern um für positive Veränderung zu werben.

69 Der anstehende Wahlkampf und die derzeitige Polarisierung bieten uns die
70 Möglichkeit, Menschen mit progressiven grünen Inhalten zu erreichen, die noch
71 nicht politisch aktiv oder festgelegt sind. Gerade viele junge Menschen zeigen
72 in diesen Zeiten ein gesteigertes Interesse an Politik. Wir dürfen die Kritik an
73 aktuellen Missständen nicht den Rechten überlassen. Denn wir haben die Visionen
74 für eine bessere Zukunft, die vernünftigen Argumente und wir setzen uns für ein
75 solidarisches Miteinander ein. Wir wollen das gute Leben nicht nur für ein paar
76 wenige, sondern für alle möglich machen. Um langfristig etwas zu verändern,
77 müssen wir als Verband wachsen, viele Menschen politisieren und ihnen
78 Möglichkeiten zum politischen Handeln bieten.

79 **2. Wo steht die politische Linke?**

80 Die politische Linke leidet unter Depolitisierung. Auch das ist eine Ursache
81 dafür, dass die Neue Rechte aktuell so erfolgreich ist. Manche Konservative
82 führen den aktuellen Erfolg der Neuen Rechten auf den gesellschaftlichen
83 Überdruß mit einer Vorherrschaft linker Ideen - also einer linken Hegemonie -
84 zurück. Sie werfen den progressiven Kräften vor, dass sie die Gesellschaft mit
85 ihrem Veränderungswillen überforderten, dass linke Politik und linke Ideen an
86 ihrem eigenen Erfolg zu Grunde gingen. Sie verbuchen gesellschaftliche
87 Liberalisierung, die vor allem durch den Einfluss der Grünen stattgefunden hat,
88 als Realisierung einer linken Utopie, gegen die sich nun angesichts der
89 „wirklichen Probleme“ Unzufriedenheit hegt. Dabei wird komplett ausgeblendet,
90 dass Privatisierung, Kürzungen von Leistungen, Rückbau des Sozialstaats und
91 Priorisierung wirtschaftlicher Begründungen vor politischen Argumenten die
92 Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt haben. Diese Dominanz lässt sich durch
93 eine neoliberale Hegemonie erklären: Liberale Grundwerte des unregulierten
94 Marktes treffen auf aktive Eingriffe eines starken Staates, der vor allem im
95 Interesse und zur Stabilisierung der Märkte auftritt. Die neoliberalen Ideale
96 der Wirtschaftspolitik, die die Rahmenbedingungen für gesellschaftspolitische
97 Entwicklungen massiv prägen, wurden durch linke Politik der vergangenen
98 Jahrzehnte nie existenziell bedroht - im Gegenteil, zahlreiche linke Parteien
99 beteiligten sich an deren Umsetzung, was bis heute zu einem nachhaltigen

100 Vertrauensverlust an neuen wirtschaftspolitischen Konzepten durch progressive
101 Parteien beiträgt. Auch deshalb sind Bemühungen gescheitert, grundlegende
102 Probleme zu lösen, die mit der kapitalistischen Produktionsweise einhergehen. Am
103 Beispiel des Kampfs gegen die Klimakrise zeigt sich: Veränderungen alleinig
104 innerhalb bestehender Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel durch
105 Zertifikatehandel und Selbstverpflichtungen von Unternehmen, werden der
106 Dringlichkeit des Problems nicht gerecht. Erst die nun aufkeimenden Zweifel am
107 nicht eingelösten Glücksversprechen vom Aufstieg durch Leistung und vom
108 Wohlstand für alle, stellen die neoliberal-konservativen wirtschaftspolitischen
109 Werte in Frage.

110 Unsere Aufgabe als emanzipatorischer Jugendverband ist es, den autoritären
111 Kräften eine Vision der positiven Veränderung entgegen zu setzen.

112 Wir dürfen uns nicht mit neoliberalen Phrasen von Chancengleichheit zufrieden
113 geben. Allein die gleiche Chance für jede*n, beim kapitalistischen Glücksspiel
114 vielleicht als Gewinner*in herauszukommen, ist kein Ziel einer emanzipatorischen
115 Linken, die wirkliche Gleichberechtigung für alle einfordert.

116 Wir stellen uns entschieden gegen Abschottung und Nationalismus. Forderungen
117 nach einem Zurück ins nationale Klein-Klein werden die soziale Schieflage der
118 Globalisierung nicht korrigieren, sondern einen Teufelskreis hervorrufen und zu
119 noch mehr Wettbewerbsdruck zwischen Nationalstaaten führen. Daraus abzuleiten,
120 dass eine weitere Liberalisierung und eine weiter unzureichend regulierte
121 Globalisierung das richtige Rezept gegen Nationalismus und Protektionismus
122 wären, ist ein Irrweg.

123 Neoliberale Antworten auf den autoritären Umbau erkaufen nur Zeit, sie bieten
124 aber keinen Schutz vor einem weiteren Rechtsruck. Links-liberale
125 Hoffnungsträger*innen wie Hillary Clinton in den USA, der kanadische
126 Premierminister Justin Trudeau oder der französische Präsidentschaftskandidat
127 Emmanuel Macron werden oftmals als entscheidende Kämpfer*innen gegen Rechts
128 gefeiert. Sie stehen für Europa und gegen den autoritären Umbau, gegen
129 Protektionismus, für Vielfalt und Weltoffenheit. Doch bei allem Richtigen und
130 Wichtigen, das sie fordern und umsetzen stehen sie auch für eine neoliberale
131 Wirtschaftspolitik, für das Leistungsprinzip und Wettbewerbsfähigkeit und damit
132 für den Erhalt sozialer Ungleichheit. Gleichwohl sie angesichts der
133 unmittelbaren Bedrohung von Rechtsaußen Bündnispartner*innen gegen die
134 Verschlechterung des Status Quo sind, werden sie an der Ungerechtigkeit und der
135 Unzufriedenheit, die dieses System hervorbringt langfristig scheitern und damit
136 den Nährboden der autoritären Kräfte nicht austrocknen.

137 Leider muss eine Kritik am Rückbau des Sozialstaats auch immer auf Parteien
138 zielen, die dem linken Spektrum zugerechnet werden und die Aushöhlung der
139 Wohlfahrtsstaaten in den letzten Jahrzehnten mitgetragen oder sogar aktiv
140 vorangetrieben haben und sich mit Liberalisierung im gesellschaftspolitischen
141 Bereich weitgehend zufrieden gaben. Politische Reformen, die bestimmte
142 gesellschaftliche Bereiche offener gestaltet haben und im Ansatz emanzipatorisch
143 waren, gingen mit einer häufig unkritischen, überstürzten und meist auf
144 nationale Standortvorteile bedachten Liberalisierung wirtschaftlicher Strukturen
145 einher. Letztere legte mit deregulierten Finanzmärkten den Grundstein für die
146 Finanzkrise und schuf neue Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Von
147 Präsident Bill Clinton in den USA über Tony Blair in Großbritannien mit seiner

148 New Labour bis hin zur Agenda 2010 in Deutschland - eingeführt von einer rot-
149 grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder - linke Parteien haben sich auf
150 linke Politik im gesellschaftspolitischen Bereich konzentriert und neoliberal-
151 konservative Politik im ökonomischen Bereich betrieben.

152 Die meisten linken Parteien haben sich von der ursprünglichen Anbindung an
153 soziale Bewegungen entfernt und haben ihren Arbeitsschwerpunkt im
154 parlamentarischen Alltagsgeschehen. Das mangelnde Vertrauen der Menschen in
155 Politiker*innen und Parteien geht auch auf die zum Teil eher verwaltend
156 angelegte Ausrichtung des parteipolitischen Alltags zurück. Parteien haben aber
157 auch die Aufgabe neue politische Gestaltungsmöglichkeiten auszutesten und für
158 diese einzustehen, statt sich durch Zurückhaltung und den Verzicht auf
159 Festlegungen und klare Positionen unangreifbar zu machen. Gerade die Grüne
160 Partei ist zu ihrer Gründung als Tor für neue Ideen gerade auch von
161 außerparlamentarischen Bewegungen in das Parlament und mit dem Anspruch auf
162 Veränderung des politischen Systems angetreten. Diese Funktion ist nicht nur
163 dringend notwendig, sondern wird immer noch von den Grünen erwartet. Denn
164 politische Gestaltung gelingt nur mit einem visionären Horizont vor Augen. Wir
165 setzen uns für eine Politik ein, bei der nicht kurzfristiger Machterhalt,
166 sondern eine gute Zukunft für alle das Ziel ist. Deswegen kämpfen wir als GRÜNE
167 JUGEND an der Seite der sozialen Bewegungen für eine bessere Zukunft und setzen
168 uns dafür ein, dass auch Bündnis 90/DIE GRÜNEN, soziale Bewegungen und Parlament
169 zusammen denken.

170 Eine emanzipierte Gesellschaft muss immer auch in Verbindung mit einer
171 grundlegenden Kritik an den ökonomischen Verhältnissen verbunden werden. Solange
172 wir nur einen Aufstieg der „Talentierte“ aus den Reihen von Minderheiten als
173 Sieg der Emanzipation feiern, feiern wir doch vor allem den Sieg von
174 Leistungsprinzip und Wettbewerb. Wir müssen soziale und kulturelle Kämpfe
175 zusammendenken. Nur so gelingt es uns, schlagkräftig gegen den Rechtsruck zu
176 sein. Wir dürfen linke Politik weder allein als Identitäts- und
177 Befindlichkeitspolitik verstehen, noch als politisch konsequenzlose
178 Theoriearbeit und Ideologiekritik, die nicht über die Feststellung einer
179 Konstruktion hinausgeht. Ein ökologisch nachhaltiger Lifestyle oder ein
180 Lesekreis sind noch keine Politik. Natürlich sind aber kritische Bildungsarbeit,
181 die Beschäftigung mit politischer Theorie und die Reflexion eigener
182 Handlungsspielräume wichtige Mittel für gemeinsames politisches Handeln. Als
183 links gelabelte Praxis, die nicht über individualisierte
184 Selbstverwirklichungsansätze und Selbstoptimierung hinausgeht, kann den Rechten
185 aber nichts entgegensetzen. Im Gegenteil birgt diese Individualisierung die
186 Gefahr der Entpolitisierung in sich. Denn sie verhindert eine wirksame
187 Gegenmobilisierung zum derzeitigen Rechtsruck. Doch genau so eine
188 Gegenmobilisierung müssen wir auf die Beine stellen, wenn wir bestehende
189 Ungerechtigkeiten abschaffen und die rechte Gefahr abwenden wollen. Dafür müssen
190 wir Menschen ansprechen, begeistern, überzeugen, organisieren und auf die Straße
191 bringen.

192 **3. Die GRÜNE JUGEND im Bundestagswahlkampf 2017**

193 Das ist unser Ziel als GRÜNE JUGEND für das nächste Jahr, das wir mit unserer
194 Kampagne zur Bundestagswahl erreichen wollen. Diese Kampagne bedeutet dabei mehr
195 als punktueller Wahlkampf, sie gibt uns die Möglichkeit, linke Visionen in die
196 Gesellschaft zu tragen. Und genau das zu tun ist enorm wichtig, wenn wir die
197 Demokratie retten wollen, die aus verschiedenen Richtungen bedroht ist. Diese

198 Gefahr müssen wir ernst nehmen. Als antifaschistische Jugendorganisation werden
199 wir die Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses nach rechts nicht
200 mitmachen oder hinnehmen. Gerade in Wahlkampfzeiten, in denen politische
201 Akteur*innen gesteigerte Aufmerksamkeit bekommen, ist es wichtig, dass es eine
202 klare, linke Stimme gegen Hetze und Hass der AfD gibt. Wir müssen gerade jetzt
203 entschlossen für universelle Menschenrechte, für demokratische Prinzipien und
204 für die Überzeugung eintreten, dass eine bessere Zukunft für alle Menschen
205 möglich ist. Wir kämpfen für eine europäische und demokratische Zukunft, gegen
206 Nationalismus, Abschottung und autoritären Umbau! Doch wir wollen nicht nur
207 gegen den Rechtsruck kämpfen, sondern die Verhältnisse verändern, die ihn
208 hervorgebracht haben und begünstigen. Dafür müssen wir viele Menschen von
209 unseren Visionen überzeugen um sie für eine ökologische Wende, gerechte Teilhabe
210 und ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen zu gewinnen. Die Möglichkeit,
211 endlich eine Bundesregierung ohne Beteiligung der CDU und vor allem auch der
212 reaktionären und rassistischen CSU zu bilden, ist greifbar. Es gibt den
213 gesellschaftlichen Wunsch nach einem Regierungswechsel und nach politischem
214 Wandel. Auf dieser Stimmung wollen wir aufbauen, um für tatsächliche Veränderung
215 zu werben. Eine andere Zukunft ist möglich, wir haben es in der Hand, dass sie
216 auch Realität wird!

217 **3. 1. Welt ändern, aber wie?**

218 Die Bundestagswahlkampagne wollen wir nutzen, um für Klimagerechtigkeit und
219 gegen das Wirtschaften auf Kosten von Mensch und Umwelt zu mobilisieren. Schon
220 jetzt sind die Folgen der Klimakatastrophe für viele Menschen tagtäglich
221 spürbar- und wir sind die letzte Generation, die verhindern kann, dass es noch
222 viel schlimmer wird.

223 Unser Wirtschaften, unsere Energie und unsere Lebensweise darf nicht auf Kosten
224 anderer Menschen in anderen Regionen dieser Welt oder künftiger Generationen
225 geschehen. Wir lassen uns unsere Zukunft nicht von denen wegnehmen, die diesen
226 Planeten rücksichtslos zerstören. Diese Erde als unsere Lebensgrundlage zu
227 erhalten ist möglich, doch dafür müssen wir viele sein und gemeinsam mit
228 Menschen aus der ganzen Welt zusammen streiten – in den Parlamenten, auf der
229 Straße und in der Kohlegrube. Wir wollen die Probleme lösen, anstatt sie zu
230 verdrängen, wir wollen für ein besseres Klima kämpfen, anstatt den Kopf in den
231 Sand zu stecken. Wir kämpfen auf allen Ebenen für eine lebenswerte Zukunft, denn
232 die Welt rettet sich nicht von alleine.

233 Wir fordern:

- 234 • Den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen Kohle, Öl und Gas.
- 235 • Strom und Wärme mit 100% Erneuerbaren Energien und ein Ende des
236 Verbrennungsmotors.
- 237 • Den sofortigen Förderungsstopp von Braunkohle.

238 Wir kämpfen dafür, dass jeder Mensch, unabhängig von seinem sozialen Status oder
239 seines Geldbeutels, an der Gesellschaft teilhaben kann. Doch durch die
240 zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raums und die Sparpolitik der Großen

241 Koalition werden immer mehr Menschen, und gerade junge Menschen, vom
242 gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. 23,7 Milliarden Euro Überschuss haben
243 Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen im Jahr 2016 erzielt. Die Große
244 Koalition und allen voran Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verschlafen die
245 dringend nötigen Investitionen in unsere Zukunft! Dabei ist so klar, wo das Geld
246 gebraucht wird: Öffentliche Schwimmbäder oder Bibliotheken müssen schließen oder
247 erheben hohe Eintrittspreise. Einkaufszentren und Parkhäuser werden gebaut und
248 ersetzen Parks und Jugendzentren. Bolzplätze und Skateparks brauchen neue Tore
249 bzw. Rampen. Schulen und Universitäten sind total marode und der oftmals
250 privatisierte öffentliche Nahverkehr ist teuer und nicht ansatzweise ausreichend
251 ausgebaut. Jedes Jahr verschleißt mehr öffentliche Infrastruktur als neue
252 entsteht. Hinzu kommen massive Kürzungen im Bildungsbereich und ein eklatanter
253 Lehrer*innenmangel, die es im Zusammenspiel mit Leistungsdruck,
254 Verwertbarkeitslogik und autoritärer Organisierung des Schulsystems zunehmend
255 schwieriger machen, dass junge Menschen im Rahmen ihrer Schulbildung ein
256 kritisches Bewusstsein entwickeln, das in Anbetracht des gesellschaftlichen
257 Rechtsruckes so wichtig wäre. Schäubles "schwarze Null" ist damit aus Sicht der
258 Generationengerechtigkeit in hohem Maße unfair. Deshalb streiten wir für ein
259 Ende der Kaputtsparpolitik. Wir fordern Investitionen in eine kostenfreie und
260 gut ausgebaute soziale Infrastruktur, in öffentliche Freiräume und in ein
261 kostenloses und gerechtes Bildungssystem. Mobilität bedeutet Teilhabe. Deshalb
262 sollte Mobilität nicht vom Geldbeutel abhängig sein: Der Öffentliche Personen-
263 Nahverkehr (ÖPNV) muss solidarisch finanziert werden, Fahrten müssen ohne
264 Tickets möglich sein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der es egal ist, wie viel
265 Geld jemand hat oder wo ein Mensch herkommt, und in der alle Menschen sich nach
266 ihren Wünschen frei verwirklichen können, solange sie nicht die Freiheit anderer
267 einschränken. Kämpfe mit uns gemeinsam für eine Welt, in der du deinen Platz
268 hast!

269 Wir fordern:

- 270 • Mehr Freiräume in Stadt und Land: Schöne Parks, gut ausgestattete
271 Jugendzentren und Sportplätze müssen finanziert werden und für alle zur
272 Verfügung stehen.
- 273 • Kostenlose Bildung und ganztägige Betreuung in bester Qualität von der
274 Krippe und Kita über die Schule und die Uni bis zur Berufsschule -
275 Mensaeissen inklusive.
- 276 • Einen hochwertigen und gut ausgebauten, ticketlosen ÖPNV im ganzen Land,
277 der umlagefinanziert wird. Damit Mobilität für alle möglich ist.

278 Das letzte Jahr war von enormen Angriffen auf die Errungenschaften, die mutige
279 Aktivist*innen vor uns erreicht haben, gekennzeichnet. Rechte Parteien
280 verbreiten immer stärker ihre antifeministische, LGBTIQ-feindliche und
281 rassistische Hetze. Doch auch in der Gesamtgesellschaft läuft vieles schief:
282 Frauen dürfen nicht selbst über ihren Körper entscheiden und leisten nach wie
283 vor einen großen Teil der unbezahlten und gering geschätzten Care-Arbeit,
284 Schwule und Lesben werden als Bedrohung für Familie diffamiert, Menschen die
285 nicht in die binären Geschlechterkategorien Mann, Frau passen werden in diese
286 Geschlechterkategorien gezwungen und Menschen, die Esra und nicht Lisa heißen
287 werden gefragt "wo sie wirklich herkommen" und gesellschaftlich schikaniert. Das
288 akzeptieren wir nicht. Wir alle sollen selbstbestimmt und in Freiheit leben

289 können! Das bedeutet für uns, dass wir selbst entscheiden können, wie wir uns
290 kleiden, wen wir lieben, ob und mit wem wir Sex haben und wie wir leben. Und wir
291 alle müssen ohne Diskriminierung leben können, egal wo wir herkommen, wie wir
292 aussehen oder welche Hautfarbe wir haben. Wir stehen solidarisch zueinander und
293 kämpfen gemeinsam gegen diejenigen, die uns den Respekt verweigern und unsere
294 Rechte in Frage stellen.

295 Wir fordern:

296 • Familienvertrag statt Ehe! Wir wollen, dass Menschen, die füreinander da
297 sein und sorgen wollen dies auch rechtlich abgesichert tun können - egal
298 welchen Geschlechts und egal ob zu zweit, zu dritt oder whatever

299 • Eine Reform des Transsexuellengesetzes, damit alle Menschen frei und
300 unkompliziert darüber entscheiden können, unter was für einem oder keinem
301 Geschlecht sie registriert werden wollen und die Vielfalt der Geschlechter
302 auch rechtlich anerkannt wird

303 • Eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln von Krankenkassen für alle
304 Menschen

305 • Eine Kostenübernahme von allen Schwangerschaftsabbrüchen durch die
306 Krankenkassen, die Abschaffung der Pflichtberatung und die legalisierung
307 aller von Schwangeren gewollten und von Ärzten durchgeführte
308 Schwangerschaftsabbrüchen

309 **3. 2. Wurzeln schlagen & wachsen**

310 Um wirklich etwas zu verändern, müssen wir viele Menschen erreichen und dürfen
311 nicht nur in unserer Blase wahrgenommen werden. Dafür müssen wir raus auf die
312 Straße, raus aus unserer Filterblase im Netz, die politische Auseinandersetzung
313 und das Gespräch mit verschiedenen Menschen suchen. Wir müssen klare Kante
314 zeigen, aber Menschen auch von positiven Veränderungsmöglichkeiten begeistern.
315 Wir müssen einen eigenständigen Wahlkampf machen und unsere eigenen Ideen und
316 Konzepte in den Fokus rücken. Wir wollen junge Menschen jedoch nicht nur dazu
317 animieren, einmalig ihre Stimme abzugeben, sondern wir wollen sie politisieren
318 und sie auch dazu motivieren, langfristig politisch aktiv zu sein, sich
319 einzubringen und mit uns für eine Veränderung zu kämpfen. Wir wollen als Verband
320 wachsen und möglichst viele junge Menschen aktivieren und mobilisieren. Deshalb
321 setzen wir ganz besonders auf die Arbeit in den Ortsgruppen. Die lokale Ebene
322 ist der Ort, wo wir kontinuierlich arbeiten und Menschen direkt ansprechen
323 können. Nur wenn wir starke Ortsgruppen haben, können wir als Verband wachsen
324 und uns weiter entwickeln, denn vor Ort motivieren und erreichen wir die Leute.
325 Gleichzeitig müssen diese schlagkräftigen Ortsgruppen sich austauschen,
326 vernetzen und an einem gemeinsamen Ziel arbeiten. Wir haben eine klare
327 gemeinsame Botschaft - und die wollen wir lokal umsetzen und nach außen
328 transportieren. Im Wahlkampf heißt es auch raus aus der Komfortzone - wir wollen
329 nicht nur in großen Universitätsstädten, sondern auch im ländlichen Raum jungen
330 Menschen die Möglichkeit geben, politisch mitzumischen und junggrüne Inhalte
331 verbreiten. Dieser Wahlkampf gibt uns die Chance, Wurzeln zu schlagen und zu
332 wachsen - lasst sie uns gemeinsam nutzen!

333 3.3. Unsere Erwartungen an die Wahl

334 Bei der Bundestagswahl geht es um mehr als nur ein gutes Grünes Ergebnis, unser
335 Kampf endet nicht mit der Wahl am 24. September, sondern geht darüber hinaus.
336 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Grünen sich in möglichen
337 Koalitionsverhandlungen nicht auf faule Kompromisse einlassen, sondern für
338 progressive, linke und emanzipatorische Inhalte einstehen. Für uns ist dabei
339 klar: Regieren ist kein Selbstzweck, sondern nur sinnvoll, wenn dadurch grüne
340 progressive Inhalte umgesetzt werden können. Dabei muss sich die Grüne Partei im
341 Vorfeld klare rote Linien geben, hinter die nicht zurück gefallen werden darf.
342 Die Grünen dürfen bei einer möglichen Koalitionsbildung nicht beliebig sein,
343 sondern müssen klar machen, dass eine grüne Regierungsbeteiligung nur dann
344 möglich ist, wenn bestimmte inhaltliche Mindestanforderungen erfüllt sind. Eine
345 Koalition, die Grüne Inhalte nicht aufgreift und die Grundsätze unserer Partei
346 verrät, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

347 Auch wir als GRÜNE JUGEND werden uns im kommenden Programmprozess und in den
348 möglichen Koalitionsverhandlungen für progressive Inhalte einsetzen. Dabei
349 werden wir uns insbesondere für folgende Ziele einsetzen und sie als unsere
350 Erwartungen an eine mögliche grüne Regierungsbeteiligung vorbringen:

351 Wir erwarten eine Abkehr von der menschenverachtenden Asylpolitik der Großen
352 Koalition. Dazu gehört die Rücknahme des EU-Türkeideals und der
353 Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre. Das bedeutet auch, dass ein
354 Kurswechsel in diesem Bereich deutlich erkennbar ist, zum Beispiel durch den
355 Einsatz für humanitäre Visa und legale Fluchtwege.

356 Außerdem fordern wir von einer möglichen Koalition die Umsetzung der Ziele aus
357 unseren feministischen und queeren Kämpfen, also die längst überfällige
358 Abschaffung des Ehegatt*innensplittings, eine Reform des Transsexuellengesetzes,
359 kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln, echte Lohngleichheit und die Ehe für
360 alle Paare, unabhängig des Geschlechtes der Partner*innen.

361 Die kommende Bundesregierung muss Europa zusammenhalten und die Europäische
362 Union umgestalten: Hier ist Handlungsfähigkeit gefragt. Europa muss
363 demokratischer werden und enger zusammenrücken. Dazu muss auch eine
364 Bundesregierung sich selbst zurücknehmen und die europäische Ebene gegenüber der
365 nationalen Ebene stärken.

366 Wir machen uns stark für tatsächliche Teilhabe und Gerechtigkeit in ganz Europa,
367 also für massive Investitionen und damit einem Ende der Austeritätspolitik. Wir
368 brauchen mehr Ausgleich und mehr Solidarität in Europa. Dazu gehören ein
369 gemeinsames Budget für die Eurozone, strengere Regeln im Finanzmarktsektor,
370 europäische Finanztitel zur Schuldenaufnahme als auch eine europäische
371 Arbeitslosenversicherung. Wir fordern die Einführung der
372 Mindestausbildungsvergütung, die Abschaffung der ALG-2-Sanktionen und den
373 entschlossenen Kampf gegen den Niedriglohnsektor. Dringend notwendig ist der
374 Einsatz für Verteilungsgerechtigkeit, wie zum Beispiel durch eine progressive
375 Vermögenssteuer und eine Stärkung der gesetzlichen Rente, die für alle
376 existenzsichernd sein muss und eine gerechtere Verteilung auch im Alter im Blick
377 hat. Dazu kommt der Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen, sowie die
378 Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Um Teilhabe zu fördern und
379 nachhaltige Mobilität auszubauen muss das Projekt des ticketlosen ÖPNV

380 angestoßen werden, der allen Menschen Mobilität ermöglicht. Außerdem setzen wir
381 uns für eine gesetzliche Grundlage ein, um mit Maßnahmen wie einer Citymaut und
382 einer Staugebühr Autoverkehr zu reduzieren und die Luft in den Städten zu
383 verbessern.

384 Von einer grünen Regierung erwarten wir echten Klima-, Umwelt- und Naturschutz.
385 Dazu gehört die Abschaffung der Massentierhaltung und ein Ende der
386 Verwertbarkeit unserer Lebensgrundlagen. Handelsabkommen à la TTIP und CETA
387 dürfen nicht mit grünen Stimmen und vorbei an einer demokratischen
388 Öffentlichkeit durchgeboxt werden. Wir wollen stattdessen eine faire und
389 multilaterale Handelspolitik mit hohen sozialen und ökologischen Standards
390 jenseits von nationalen Grenzen.

391 Gleichzeitig wollen wir, dass eine mögliche Koalition sich für Freiheit stark
392 macht, also klaren Einsatz für Freiheits- und Bürger*innenrechte zeigt und sich
393 entschlossen der Massenüberwachung und dem Generalverdacht in den Weg stellt,
394 sich gegen Aufrüstung und staatliche Repression stark macht und mindestens
395 Cannabis endlich legalisiert.

396 **3.4. Wie geht es weiter?**

397 Das Ende des Wahlkampfs bedeutet nicht das Ende unserer Verbandsentwicklung.
398 Ganz im Gegenteil gilt es gerade dann, die Grundlagen, die im Wahlkampf
399 geschaffen wurden zu nutzen und umzusetzen. Die Menschen, die im Wahlkampf neu
400 dazu gekommen sind, müssen wir willkommen heißen und einbinden. Die
401 verschiedenen Ebenen des Verbandes, insbesondere die neuen aktiven Ortsgruppen
402 müssen wir vernetzen und viele neue Menschen mit unserer Bildungsarbeit
403 erreichen. Theoriearbeit müssen wir als ein Mittel für die Verwirklichung einer
404 freien und solidarischen Gesellschaft begreifen, denn kritische Bildungsarbeit
405 ist eine Triebkraft für positiven Wandel.

406 Allen Mitgliedern soll diese Theoriearbeit zugänglich sein, denn sie bietet
407 gerade neuen Menschen die Möglichkeit, ihre individuellen Erfahrungen von
408 Ungerechtigkeit in den gesellschaftlichen Kontext zu stellen und daraus eine
409 politische Kritik und den Wunsch nach Veränderung abzuleiten. Diese kritische
410 Bildungsarbeit wollen wir mit einer politischen Praxis verbinden, die
411 Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht, Menschen ihre eigenen Möglichkeiten
412 und Grenzen kennen lernen lässt, sie an demokratische Prozesse heranführt und
413 Solidarität erlebbar macht. Dafür wollen wir uns mit den politischen Kämpfen vor
414 uns auseinander setzen, mit ihren Erfolgen und ihren Fehlern, und so auf sie
415 aufbauen. Wir müssen uns mit den Grundlagen dieser Gesellschaft beschäftigen und
416 uns über langfristige Ziele und Strategien für die GRÜNE JUGEND, als linke
417 Jugendorganisation, Gedanken machen. Unser Ziel muss es sein, nicht nur in der
418 Mitgliederzahl zu wachsen, sondern diesen Mitgliedern auch neue politische
419 Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Das können wir nicht
420 alleine schaffen, dafür brauchen wir dich! Im nächsten Jahr kommt es auf jede
421 und jeden von uns an. Wenn es jede*r schafft, mindestens drei Freund*innen zum
422 Mitmachen zu bewegen, dann haben wir viel geschafft. Nur wenn wir viele sind,
423 nur wenn wir aktiv sind, nur wenn wir rausgehen und laut sind, können wir mit
424 unseren politischen Zielen Menschen erreichen.

425 [#weltaendern](#)

426 Nur gemeinsam können wir den Rechtsruck stoppen, den Status Quo der Großen
427 Koalition beenden und linke Visionen umsetzen. Die Zukunft liegt in unserer Hand
428 - ändern wir die Welt, bevor es andere tun!

Begründung

Wir stehen vor einer enorm wichtigen Wahl. Bei der Bundestagswahl 2017 wird im größten Land Europas gewählt und in Zeiten von Brexit und Trump und der Gefahr des autoritären Umbaus der Demokratie kommt es auf uns an, dass wir Widerstand leisten. Wir wollen aber nicht nur gegen den Rollback, sondern auch gegen den Stillstand der Großen Koalition auf die Straße gehen. Denn vieles läuft schief und wir wollen die Welt ändern, bevor es andere tun. Mit unserem Leitantrag wollen wir unsere Position festlegen sowie unsere Rolle in diesem Wahljahr und darüber hinaus bestimmen.